

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

N^o 9.

Donnerstag, den 21. Januar

1897.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illust. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Posten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp. Zeile 10 Pf.

Die Vorstände der Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, sowie die Verwaltungen der Gemeindefrankenversicherungen des Verwaltungsbezirktes werden aufgefordert, die nach §§ 9 und 41 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 in der Fassung vom 10. April 1892 vorgeschriebenen Uebersichten und Rechnungsabschlüsse auf das Kalenderjahr 1896 nach dem vom Bundesrathe festgesetzten, im Centralblatte für das deutsche Reich auf das Jahr 1892 Seite 671/78 abgedruckten Formulare bis längstens

zum 31. März 1897,

und zwar die organisirten Klassen in doppelten, die Gemeindefrankenversicherungen dagegen in je drei Exemplaren anher einzureichen.

Schwarzenberg, am 16. Januar 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. v. Wirsing.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut bekannt gegeben, daß das Fahren mit **Ruschschlitten** und **Schlittschuhen** innerhalb der Stadt verboten ist, sofern damit eine Störung und Gefährdung des Personen- und Fuhrwerksverkehrs verbunden ist.

Die Schutzmannschaft ist angewiesen worden, Zuwiderhandelnden die **Schlitten** und **Schlittschuhe** wegzunehmen.

Im Uebrigen werden Zuwiderhandlungen nach § 366, 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit **Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen** bestraft.
Eibenstock, den 18. Januar 1897.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Hlg.

Der Hamburger Streik

Ist seit Sonnabend insofern in ein anderes Stadium getreten, als zwischen den streikenden Parteien nunmehr wenigstens direkte Verhandlungen begonnen haben. Der Verband der Arbeitgeber hatte auf die bekannte, auch von uns mitgetheilte Resolution der streikenden Arbeiter hin an das Streikkomitee ein Schreiben gerichtet, in dem zwar bemerkt wurde, daß man von Verhandlungen auf anderer Grundlage, als der vom Senat schon am 18. Dezember vorgeschlagenen sich keinen Erfolg verspricht, das aber doch gleichzeitig die Geneigtheit der Arbeitgeber aus sprach, mit der von den Streikenden ernannten Kommission zu verhandeln. Diese Verhandlung hat denn auch am Sonnabend Nachmittag in der Handelskammer stattgefunden. Zu einem befriedigenden Ergebnisse ist es zwar hierbei noch nicht gekommen, denn von den Arbeitgebern wurde die Forderung der Arbeiter, daß die neuen Arbeiter zu entlassen und sämtliche alten Arbeiter, also alle Streikenden, wieder einzustellen seien, nicht angenommen. Die Verhandlungen führten aber doch wenigstens zu dem Resultate, daß drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer gewählt wurden, die Vorschläge zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ausarbeiten sollen.

Die Hoffnung auf baldige Beendigung der für alle Beteiligten überaus kostspieligen Kraftprobe ist also wenigstens nicht ganz unbegründet, wenn auch vorerhand noch nicht ersichtlich ist, wie man über die Forderung der Wiederanstellung aller Streikenden wird hinwegkommen können. Zum Mindesten ist doch wenigstens die Leitung der Verhandlungen in die Hände der direkt Beteiligten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gelegt und die letzteren haben also eingesehen, wie unerhöht ihr erster Vorschlag war, wonach die Verhandlungen von einer Kommission geführt werden sollten, in die man drei sozialdemokratische Parteiführer, ihres Zeichens Journalisten und Zigarrenarbeiter, schickte wollte, während ein einziger der beteiligten Arbeitgeber, außerdem ein Senator und ein Beamter des Hamburger Gewerkschaftsgerichts die Kommission vervollständigen sollten. Vergewegenwärtig man sich diese Thatfachen, so wird erst der ganze Umfang der Dreistigkeit klar, mit der der „Berein“ der National-Sozialen fortgesetzt davon redet, den Arbeitern sei die Fortsetzung des Kampfes „aufgezwungen“ worden. Das thut jetzt erst wieder die „Zeit“, indem sie die Mittheilung macht, es seien einige in der Oeffentlichkeit bekannte Männer aus allen Theilen Deutschlands zusammengesetzt, um für den Fall, daß die Verhandlungen den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit nicht ermöglichen sollten, für die Aufbringung von Mitteln zu wirken, die der Arbeiterschaft eine ihr etwa aufgezwungene Fortführung des Kampfes ermöglichen sollten. Daß gebildete Männer, — und wenn es auch zum allergrößten Theile solche sind, die nur erst durch die Harmlosigkeit sich in der Oeffentlichkeit bekannt gemacht haben, mit der sie dem demagogischen Raumann'schen Unternehmen Heeresfolge leisten — in der Weise, wie es in den letzten Wochen geschehen ist, dem verwerflichen Treiben der Umsturzführer in jeder Weise Vorschub leisten können, erscheint uns beinahe als die belagendste Erscheinung, die der Hamburger Streik im Gefolge gehabt hat.

Stoff zu Betrachtungen wird dieser Streik, auch wenn er bald beendet werden sollte, jedenfalls noch mehr als genug liefern. So wird gewiß auch dem höchst auffallenden Verhalten der Berliner und Frankfurter Börsenleute und ihrer Pressorgane dem Streik gegenüber die gebührende Aufmerksamkeit noch mehr als bisher zu Theil werden. Die „Hamburger Nachr.“ hatten sich nach dieser Richtung hin bereits vor einigen Tagen geäußert. Heute befaßt sich die „Schlesische Zeitung“ mit demselben Thema, indem sie folgendes schreibt:

Die sozialdemokratische Presse liebt es, alle diejenigen Blätter, welche gegenüber der modernen Bewegung, die Bestrebungen der sozialistischen Arbeiterpartei zu begünstigen, sich ablehnend verhalten, als Vertreter des Kapitalismus zu stigma-

tisieren. Wenn es aber in unserem wirtschaftlichen Leben überhaupt Kapitalismus giebt, so wird keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, wo er zu suchen ist und wer seine hauptsächlichsten Vertreter sind. Der Kapitalismus, der im Gegensatz zur produktiven Arbeit allein durch Geld wirkt und müßelos unterhältnismäßig hohe Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit für sich erzielt, gegen den sich also die Sozialdemokratie in erster Linie richten möchte, steckt nicht in unseren industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Betrieben und auch nicht in den Kreisen der Seeschifffahrt oder sonstigen verwandten Gewerben. Alle diese haben zur Erfüllung ihrer Funktionen im wirtschaftlichen Organismus der Nation sowohl, wie zur Erzielung eines angemessenen Gewinnes eine so hohe Summe von realer Arbeit aufzuwenden, daß die sozialdemokratischen Forderungen gegen übermäßigen und müßelosen Unternehmerverdienst, soweit sie sich auf die wirklichen Produzenten beziehen, jeder Berechtigung entbehren. Müßeloser unterhältnismäßiger Gewinn aus bloßer schlauer Benützung von Geldbesitz findet von ganz anderer Seite statt als von Industrie, Landwirtschaft und Handel, soweit dieser dem realen Geschäft der Güterverteilung gewidmet ist. Kapitalismus im Sinne der Sozialdemokratie ist in erster Linie an der Börse und bei ihren Interessenten zu finden. Gegen die Börse und die an ihrer Funktionierung vorzugsweise beteiligten Börsenbelegungen möchte sich also die sozialdemokratische Erbitterung, wenn sie ehrlich und echt wäre, in erster Linie richten. Statt dessen ist auffälligerweise das gerade Gegenteil wahrzunehmen. Die Sozialdemokratie ist sehr viel mehr geneigt, den Arbeitervorkämpfern für den Fall gewaltthätiger Erhebungen die Direktive zu geben: „Drauf auf die Eisenstange und Rasenplätze der industriellen Unternehmer und auf die Schlösser des Landadels“, als ihnen die Börse und die großstädtischen Paläste ihrer Mataboren als geeignetes Objekt zur Befriedigung ihrer proletarischen Instinkte zu empfehlen. Hr. v. Stumm, obwohl er Tausenden von Arbeitern ein gesichertes und menschenwürdiges Auskommen in seinem Betrieb bietet, ist der Sozialdemokratie ein viel verhasster Gegner als z. B. Hr. v. Rothschild, dessen Unternehmungen zum allergeringsten Theile produktiv sind, der relativ verschwindend wenig Arbeiter beschäftigt und der seinen ungeheuren jährlichen Geldgewinn fast ausschließlich aus Finanzoperationen zieht.“

Auch das schlesische Blatt führt die auffällige Erscheinung gleich den „Hamburger Nachrichten“ auf das Vorhandensein eines förmlichen Schutz- und Trugbündnisses zurück, das im öffentlichen Interesse dringend der Klarstellung bedürftig.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber die Jahrhundertfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. soll der Kaiser eine Kapinetsordre erlassen haben, nach der die Centenariofeier in Preußen einheitlich stattfinden soll. Diese Kapinetsordre soll auch den übrigen Bundesstaaten zur Kenntniß zugegangen sein. Nach derselben soll die Jahrhundertfeier drei Tage währen. Am Sonntag, den 21. März sollen in den Kirchen Festgottesdienste stattfinden. Für den eigentlichen Festtag, Montag, den 22. März, werden öffentliche Festakte, Paraden, Schulfeste und Abends Illuminationen vorgeschrieben, an diesem Tage sind die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Am Dienstag, den 23. März endlich sollen volkstümliche Veranstaltungen, Kommerze u. stattfinden. — Hierzu bemerken die „B. N. N.“: Uns ist von einer derartigen Kapinetsordre nichts bekannt, wohl aber hat der Kaiser kurz vor Jahreschluss einem Ministerrath beigewohnt, der sich mit dieser Feier beschäftigte. Es läßt sich daher wohl annehmen, daß generelle Festsetzungen für die offiziellen Festlichkeiten der Behörden, Truppen, Schulen u. s. w. ergangen sind, wenn auch kaum in Form einer Kapinetsordre. Für Kommerze u. s. w. läßt sich schwerlich ein Tag vorschreiben.

— Königberg i. Pr. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat in ihrer letzten Versammlung einen Antrag

angenommen, dahin zu wirken, daß die Bahnhofs wirthschaft veranlaßt werden sollen, nur Naturbutter bei ihren Speise zu verwenden oder zum wenigsten dahin angehalten werden, den etwaigen Gebrauch von Margarine dem Publikum durch Anschlag bekannt zu machen und in diesem Falle entsprechend den Preis herabzusetzen. — Bekanntlich haben bereits die Eisenbahndirektionen von Berlin, Köln und Erfurt an die Bahnhofs wirthschaft die Aufforderung ergehen lassen, nicht mehr Margarine zu verwenden und zwar bei Androhung der Kündigung des Pachtverhältnisses.

— München, 18. Januar. Die „Münch. N. Nachr.“ melden aus Berlin: „Die Militärstrafprozeßordnung soll nun endlich im Bundesrathe beschleunigt werden. Die Mittheilung, daß die Verzögerung, d. h. seit Neujahr, abermals von Bayern verursacht sei, ist vollkommen unbegründet. Die von Bayern beabsichtigten Abänderungsvorschläge sind vom Prinzregenten schon vor Weihnachten genehmigt worden. Hierzu wird von unrichtiger Seite betont, daß man hier höheren Ortes die Tendenz vorwalten lasse, in einer Verständigung mit Bayern die Angelegenheit zu regeln.“

— Rußland. Die Senationsnachricht eines Berliner Blattes, nach welcher der Zar von der Kopfwunde, die er als Thronfolger während seiner Reise durch Japan erlitten, noch jetzt Nachwirkungen spüre und daß diese sich sogar so schlimm bemerkbar gemacht hätten, daß Prof. v. Bergmann deshalb in den letzten Tagen nach Petersburg berufen worden und gereist sei, beruht auf Erfindung. In Kreisen, die unterrichtet sein müssen, ist auch nicht ein Anhaltspunkt bekannt, der Grund selbst zu einer mißverständlichen Auffassung geben könnte. Wohl weiß man, daß der Zar nach den Anstrengungen der Repräsentation, die ihm in der letzten Zeit obgelegen, nach seinen Reisen und deren Folgen sich etwas angegriffen fühlte und noch fühlt. Es ist bekannt, daß er demnach zu seiner Erholung Aufenthalt in der Krim nehmen wird.

— Spanien. Ueber die Opfer von Menschenleben, die der Krieg auf Cuba den Spaniern kostet, macht ein nordamerikanisches Blatt folgende Mittheilungen: In den letzten Jahren hat Spanien im Ganzen 131,200 Mann Verstärkungen nach Cuba geschickt. Von diesen Truppen haben 23,500 ihr Leben eingebüßt; 10,000 starben am gelben Fieber, 9500 fielen im Kampfe, 1000 erlagen ihren Wunden und 3000 starben an verschiedenen Krankheiten. Die Spanier geben aber amtlich nur den Verlust von 4330 Mann an; die Beamten verschweigen nämlich die wirkliche Verlustziffer, um sich die Löhnung für möglichst viele Soldaten zahlen zu lassen. — Die Aufständischen sind nur 30,000 Mann stark. Maccos Truppe zählte nur 4000 Mann, Ramirez Gomez hat 5000, Garcia 4000 und Lacret und Rabi jeder 2500 Mann. Den Rest des aufständischen Heeres bilden zahlreiche kleine Banden.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 20. Januar. Seit Montag hatte das hiesige Publikum das hier selbst ungewöhnliche Schauspiel eines Dampfesseltransportes in der Stadt. Derselbe kam aus der Leonhardschen Schleiferei in Wildenthal und wurde, auf einem eigens dazu erbauten Schlitten verladen, von 14 Pferden gezogen. Am ersten Tage fand der Transport bis vor der Reichsner'schen Conditorei statt. Gestern kam man mit demselben bis vor das Werbig'sche Haus im Winkel, wo der Kessel abermals des Nachts über stehen bleiben mußte. Heute Nachmittag gegen 4 Uhr gelang es, denselben bis vor die Klemm'sche Fabrik zu bringen. Der Transport war gestern und heute insofern besonders schwierig, als die Straße im Winkel außerordentlich schmal ist und verschiedene Krümmungen aufweist. Ein Unfall ist bei der schwierigen Arbeit glücklicherweise nicht passiert.

— Schönheide, 16. Januar. Nachdem die Herren Kaufmann Gustav Emil Leistner, Ritter u. und Fabrikbesitzer Friedrich Adolf Dschay ihre einstimmige Wiederwahl zu Gemeindevorsteher angenommen haben, fand vorgestern durch Herrn Oberregierungsrath Amtshauptmann Freiherrn von